

**Kontaktadresse: Udo Fröhlich, Habichtshorst 8, 23795 Bad Segeberg,
Tel.: +49 162 2171666, Mail: froehlich.udo@web.de**

Nach dem beeindruckenden Referendum-NEIN der Griechen

11. Juli 2015

Offener Brief
von SPD-Mitgliedern
an den Bundesvorstand des SPD
Herrn Vorsitzenden Sigmar Gabriel

Besinnt Euch - oder tretet zurück! Es reicht!

„Wir wollen ein Volk der guten Nachbarn sein und werden, nach Innen und nach Außen.“ Unter diesem Motto Willy Brandts aus seiner Regierungserklärung vom 28.10.1969 war die SPD einst angetreten und erfolgreich.

Nun sehen wir, wie ihr Euch von einer Entscheidung zur Anderen von diesem Ziel weiter entfernt. Als Beispiele mögen genügen: Vorratsdatenspeicherung gegen eigene Bürger, Fracking als neue Umweltsünde, KFZ-Maut und privatisierte Infrastruktur, Frisieren der Arbeitslosenstatistik, Aushöhlung des Arbeitsrechts, unwürdiges Hartz-IV-Regime, Streikrechts-Schranken und, TTIP - CETA – TISA, NSA-Treiben und BND-Mitwirkung, NSU-Morde und deren verschleppte Aufklärung, Rüstung als Exportschlager, Außenhandelsbilanz in andauernder Schieflage, Drohnenmorde via deutschem Boden, Flüchtlingssterben an Europas Grenzen, Asylrechtsverschärfung statt Zuwanderungspolitik, Russlandsanktionen statt Dialog, Spaltung der Ukraine und Europas und nun als neuer Tiefpunkt, die fortgesetzte Gängelung Griechenlands.

Das klare Nein der Griechen beim Referendum vom vergangenen Sonntag ist – gleich wie die Geschichte weiter gestaltet wird - eine beeindruckende Antwort und ein demokratischer Aufruf an ganz Europa. Denn das griechische Volk hat ein unüberhörbares „NEIN!“ zurückgerufen, obwohl die Euro-Gruppe und insbesondere Deutschland für den Fall der Ablehnung unverhohlen drohte, ihr Land in noch umfassendere existenzielle Nöte zu stürzen. Wir sagen Euch, uns erinnernd an einen großen Sozialdemokraten: Geld, Gesundheit und Leben könnt ihr ihnen nehmen, Stolz und Würde nicht!

Wann endlich nehmt Ihr zur Kenntnis, dass die sogenannten Rettungspakete der letzten Jahre, wie schon zur ersten Bankenkrise, zwar Banken gerettet, aber den Völkern nicht geholfen haben. Die neoliberalen Kürzungsprogramme haben auch die griechische Wirtschaft in Depression und eine dabei steigende Verschuldensquote des Staates getrieben. Lebensnotwendige Einrichtungen z.B. des Gesundheitswesens wurden zerstört und die Menschen ganz individuell mit Arbeits- und Perspektivlosigkeit, dramatischen Einkommensverlusten und teils blanker Not attackiert.

Diese Kürzungspolitik Europas hat ihre eigenen Ziele verfehlt. Was führende Wirtschaftswissenschaftler schon lange kritisierten, und in Deutschland nur zögerlich eingestanden wird, Austerität führt zu extremer Ungerechtigkeit, Zerstörung von Gemeinwesen und zunehmendem Chauvinismus; Und sie ist vor allem völlig ungeeignet, Volkswirtschaften im Interesse der Menschen zu gesunden.

Und damit die Einsicht in dieses Versagen deutscher und europäischer Politik-Elite sich nicht verbreitet, haben nach dem provokanten 48-Stunden-Ultimatum der Euro-Gruppe und dem Abbruch der Verhandlungen, neben anderen auch Sigmar Gabriel und Martin Schulz mit „vielen Unwahrheiten“ (Gesine Schwan) und „Legendenbildungen“ (Gustav Horn) die deutsche und europäische Öffentlichkeit über angeblich weitreichendes Entgegenkommen der Gläubiger zu täuschen versucht.

Offenkundig galt von Anfang an die Parole, die Tsipras-Regierung dürfe auf keinen Fall erfolgreich sein und müsse baldmöglichst stürzen. Dass auch SPD-Politiker dabei mitwirken, ist beschämend und blamabel zugleich. Denn „Die Argumentation der Griechen entsprach ... sozialdemokratischen Argumenten, ...: dass die Austeritätspolitik nicht aus der Krise führt, sondern tiefer in sie hinein.“ (Gesine Schwan, BZ vom 08.07.2015)

Genossinnen und Genossen, ob Griechenland und Europa oder unsere Innen- und Aussenpolitik. Wir sind weit davon entfernt ein Volk der Guten Nachbarn zu sein, weder nach Innen noch nach Aussen;

Ihr könnt so nicht weiter machen; Nicht in unserem Namen.

Erinnert Euch erfolgreicher Kämpfe gegen Unterdrückung und für Freiheit, gegen soziale Not und für Gerechtigkeit, gegen Egoismus und für Solidarität.

Auf unserem Weg wollten wir nach Innen mehr Demokratie wagen und nach Aussen die Völker in ihrer Selbstbestimmung respektieren. Wir fühlen heute unsere Grundwerte mit Füßen getreten.

Es ist unglaublich die SPD regelmäßig in Wahlkämpfen sozialdemokratisch zu positionieren, danach aber in den Parlamenten immer wieder eine neoliberale Agenda umzusetzen. Erinnert Euch an die Mahnung Willy Brandts „Es hat keinen Sinn, Einfluss für die SPD zu erringen wenn der Preis dafür ist, kein Sozialdemokrat mehr zu sein.“

Euer Weg ist nicht der unsere. Nicht dass er wegen notwendiger Kompromisse nur zu langsam wäre, die eingeschlagene Richtung stimmt nicht.

Besinnt Euch - oder tretet zurück! Es reicht!